

stimmten Auftrag, Dabei sollten wir endlich davon absehen, nur hauptamtliche Funktionäre zur Parteiarbeit einzusetzen. Vorher entwickelt das Sekretariat einen Arbeits- und Terminplan, in dem für jedes Mitglied und die Abteilungsleiter des Kreisvorstandes eine konkrete Aufgabenstellung vorgesehen ist, wiederum ausgehend von den im Augenblick wesentlichen Aufgaben der Partei, also beispielsweise: Genosse Schulze hat zur Verbreiterung der Nationalen Front in Hennersdorf die Hausagitation sowie eine öffentliche Versammlung mit den Genossen der Ortsgruppe zu organisieren. Er hat die Parteileitung zu unterstützen, Mitgliederversammlungen und Bildungsabende durchzuführen und die Kassierung in Ordnung zu bringen. Genosse Schulze soll diese Arbeit nicht selbst erledigen, sondern die Genossen dazu anleiten. Oder: Eine Genossin Lehrerin hat in der Betriebsgruppe Eisenbahn, sagen wir, einen Bildungsabend zu organisieren und eine Genossin zur Referentin zu entwickeln.

Alle Instrukteure, die sonstigen Mitarbeiter oder Mitglieder des Kreisvorstandes, die einen solchen Parteauftrag erhalten, sollen dem Sekretariat regelmäßig kurz Bericht erstatten, und die Beschlüsse müssen kontrolliert werden. Die Abteilungsleiter sowie alle Mitarbeiter sind durch ein Mitglied des Sekretariats regelmäßig von den Aufgaben in Kenntnis zu setzen. Jeder Abteilungsleiter teilt die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter für die einzelnen Aufgaben ein und muß sich zur Kontrolle selbstverständlich einen genauen Terminplan anlegen. Die Org-Instrukteurabteilung, die die gesamten Instrukteure im Kreismaßstab einsetzt, muß diese mindestens zweimal im Monat zur Information zusammenfassen und hierbei jedem Genossen einen konkreten Auftrag erteilen.

Wenn so etwa in jedem Kreis 20 bis 30 Instrukteure angeleitet werden, ist der Kreisvorstand in der Lage, jede Grundeinheit laufend anzuleiten und zu kontrollieren und alle Fragen der Parteiarbeit zu behandeln.

FRED ROSCHU

## ***Mehr Mut bei der Verjüngung des Funktionärkörpers!***

Eine der Forderungen der Partei, die mit Hilfe der Parteiwahlen erfüllt werden sollten, besteht in der Verjüngung des Funktionärkörpers. Der Verlauf der Wahlen hat gezeigt, daß tatsächlich den jungen Genossen mehr Vertrauen als bisher geschenkt wurde. Im Kreis R a n d o w (Brandenburg) zum Beispiel konnte das Durchschnittsalter des Kreisvorstandes nach der Delegiertenkonferenz von 45 auf 32 Jahre gesenkt werden. Und so wie hier versuchten fast überall unsere Parteieinheiten, der Gefahr der Überalterung unseres Funktionärstabes zu begegnen.

Heißt das jedoch, daß es dabei ohne Schwierigkeiten abging? Selbstverständlich nicht. Es galt vielmehr, zahlreiche Widerstände zu überwinden, die veralteten Anschauungen und das Mißtrauen älterer Genossen der Jugend gegenüber mit Hilfe offener Aussprachen zu beseitigen. Im Kreis E i l e n b u r g (Sachsen-Anhalt) gab es zum Beispiel noch Funktionäre, die das Wachstum der FDJ „mit Sorge“ betrachteten und keine Anstalten machen wollten, jüngere Genossen mit verantwortlichen Funktionen zu betrauen. Nicht viel besser scheint die Einstellung der Genossen in S p r e m b e r g (Brandenburg) zu sein. Dort hatte man für die Ortsdelegiertenkonferenz nur 23 jugendliche Genossen als Delegierte gewählt.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um zu beweisen, daß es trotz der anfangs erwähnten Erfolge noch zahlreiche Genossen gibt, die der Jugend kein Vertrauen entgegenbringen, die glauben, nur sie allein haben die Fähigkeit, Funktionen auszuüben. (Nebenbei: Das sind meistens diejenigen, die unter der Last der Funktionen stöhnen und über mangelnde Mitarbeit klagen!)

Bezeichnenderweise sind die Genossen nicht etwa „grundsätzlich“ gegen die Jugend eingestellt. O nein! Sie haben, wie sie selbst oft genug beteuern, immer „ein Herz für die Jugend“ gehabt. (Wie könnte sonst der 63jährige Bürgermeister eines Ortes in Sachsen-Anhalt die Jugend in der Gemeinde „mit vertreten!“) „Aber —“, und dann kommen die Einwände und Ausreden, warum „gerade bei ihnen“ die jungen Genossen für Funktionen nicht geeignet sind. Zwei der häufigsten „Abers“ wollen wir etwas ge-

nauer unter die Lupe nehmen, weil sie immer wieder in Diskussionen und Unterhaltungen aufgetaucht sind.

Das erste Argument besteht in der Feststellung, daß

### **die Partiererfahrung der Jungen Genossen zu ungenügend sei, um ihnen eine Funktion zu übertragen.**

Den Verfechtern dieser Einstellung muß man die Frage entgegenhalten, ob sie etwa mit einer ausgereiften Partiererfahrung auf die Welt gekommen sind. Haben nicht auch sie ihre praktischen Erfahrungen erst durch die tägliche Kleinarbeit gewonnen? Mußten nicht auch sie immer wieder die Hilfe und Ratschläge anderer Funktionäre in Anspruch nehmen? Und so, wie es damals war, so wird es heute und morgen sein. Wir wählen schließlich keine „Jugend“-Leitungen, in denen die ältere Generation ausgeschaltet ist. Was wir brauchen, sind arbeitsfähige aktive Vorstände, in denen jung und alt Zusammenwirken und sich gegenseitig ergänzen.

Außerdem vergessen unsere Genossen bei dieser Argumentation das wichtigste: Nicht die Tradition ist entscheidend, sondern die Aktivität und die Einstellung zur Arbeit. Wenn zum Beispiel in einem Kreis in Sachsen-Anhalt „sorgenvoll“ die positive Entwicklung der FDJ-Betriebsgruppe des Konsums betrachtet wird, weil sie besser arbeitet als die Betriebsgruppe der Partei, dann zeugt das nicht nur vom schlechten Zustand der Partei, sondern auch von den ideologischen Unklarheiten der dortigen Funktionäre. Die steigende Aktivität der FDJ-Betriebsgruppe ist doch kein Grund zur „Sorge“. Man sollte vielmehr alles tun, um die dortigen Parteieinheiten zu mobilisieren. Und nichts wäre dazu besser geeignet gewesen als die Neuwahlen!

Das zweite, noch häufigere Argument gegen die Einbeziehung der Jugendgenossen in die Parteileitungen besteht in der Feststellung:

### **„Ja, wir möchten schon, aber wir haben keine geeigneten Jungen Kräfte.“**

Eine Feststellung, die seit 1945 immer wieder in die Waagschale geworfen wurde. Es bleibt nur zu klären, was nun